

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Preis pro Monat 2,00 M., pro Quartal 5,00 M., pro halbjährlich 10,00 M., pro jährlich 18,00 M. Einzelnummern 10 Pf. Die Postämter, Postboten und andere Auswärtige zu jeder Zeit des Tages. Abnehmer: Einzelne, Familien, Schulen, Vereine, Firmen, etc. Anzeigen: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf., 4. Spalte 4 Pf., 5. Spalte 3 Pf., 6. Spalte 2 Pf., 7. Spalte 1 Pf., 8. Spalte 1 Pf., 9. Spalte 1 Pf., 10. Spalte 1 Pf. Anzeigenpreis: Die 4. Spalte 20 Pf., die 5. Spalte 15 Pf., die 6. Spalte 10 Pf., die 7. Spalte 8 Pf., die 8. Spalte 6 Pf., die 9. Spalte 4 Pf., die 10. Spalte 3 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 4. Spalte 20 Pf., die 5. Spalte 15 Pf., die 6. Spalte 10 Pf., die 7. Spalte 8 Pf., die 8. Spalte 6 Pf., die 9. Spalte 4 Pf., die 10. Spalte 3 Pf. Anzeigenpreis: Die 4. Spalte 20 Pf., die 5. Spalte 15 Pf., die 6. Spalte 10 Pf., die 7. Spalte 8 Pf., die 8. Spalte 6 Pf., die 9. Spalte 4 Pf., die 10. Spalte 3 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 27 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Dienstag, den 2. Februar 1932

Die erbärmliche Lüge.

„Weg mit den Kanonen! Weg mit den Gewehren!“ — Der Mann, der dies vor fünf Jahren im beabsichtigt gelegenen Paros auf der Bülberbundung in Genf ausrief, sitzt jetzt als wohlgeleiteter französischer Außenminister außer Dienst auf seinem Landgut. Und Briands patriotischer Wortschatz ist zu einem Ruf Frankreichs an die Welt geworden: „Hände weg von unseren Kanonen! Hände weg von unseren Gewehren!“ Und die allerjüngsten Vorkommnisse in der Weltgeschichte dienen ja nur dazu, diese Forderung zu unterstützen — und es gibt sogar Menschen, die die Verurteilung zum Ausdruck bringen, daß jene Vorkommnisse geradezu dienen sollen als Beweis dafür, wie wenig „zeitgemäß“ heute eine Abrüstung sei. Auch heute gelte als legitimes Mittel der Politik, als „ultima ratio“ doch nur die Kanone, das Gewehr, zweckmäßiger allerdings noch das Bombenflugzeug und U-Boot, der Tank und das Giftgas. Rechtzeitig genug gingen im Fernen Osten vor Shanghai diese Kanonen los, um die Wälder der Welt zu rauchen, und an sich schon nicht übermäßig interessierenden Abwärtungskonferenzen abzuliefern. Dieser Krieg, der aber nicht sein soll, kam der französischen Regierung mehr als gelegen; denn Amerika, das seit zwölf Jahren das Ziel der Weltabrüstung nie aus den Augen verloren hat, und namentlich England, das seit einigen Jahren aus finanziellen Gründen schwerwiegender Art nach Abrüstung drängt, haben jetzt ihre Aufmerksamkeit so gut wie ganz auf die Vorgänge im Fernen Osten gerichtet; außerdem beginnt die englische Forderung, Indien von neuem zu bluten. Schon vor einem halben Jahr, als die Staatslenker und Diplomaten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Amerikas auf der Londoner Konferenz zusammenkamen und das Hoover-Jubiläum zu veranlassen sich bemühten, traktierte die Pariser Regierung eine Note auf den Tisch des Genfer Völkerbundsekretariats, die selbst das jahne Ergebnis siebenjähriger Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes ganz unzweideutig und brutal ablehnte: Hände weg von unseren Kanonen! Hände weg von unseren Gewehren! Man darf dabei heute nicht die Augen davor verschließen, daß die Abrüstungskonferenz schon an sich keinerlei große Hoffnungen auf Erfolg mit auf ihren Arbeitsweg nimmt und daß selbst diese geringen Hoffnungen noch weiter heruntergedrückt werden durch die Vorgänge im Fernen Osten und durch die „Anziehungskraft“, die sie gerade jetzt auf die englische und die amerikanische Regierung ausüben müssen: Frankreich findet also in Genf eine für sich sehr vorteilhafte allgemeine politische Lage vor. Aber Abrüstung zu reden, in Genf auch nur einigermaßen entsprechende Beschlüsse zu fassen würde in einem fast grotesken Gegensatz stehen zu dem Donnern der Kanonen im Fernen Osten, zu dem dort hoch emporloderbenden Feuer, dessen blutroter, drohender Widerschein über den ganzen Erdball hinwegleuchtet. Es ratet und taret sich schlecht in Genf, wenn vor Shanghai an die hundert Kriegsschiffe aller möglichen Mächte mit geladenen Kanonen und Torpedorohren — nebeneinanderliegen!

Wenn man also zu dem praktischen Erfolg der Abrüstungskonferenz von vornherein keine übermäßigen Erwartungen hegt und diese jetzt noch viel geringer geworden sind, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß das allgemeine Abrüstungsproblem als solches bestehen bleibt und bleiben muß. Oder vielmehr — es ist kein Problem, keine Frage mehr! Die völkerrechtliche Verpflichtung zu einer wirklichen Abrüstung ist schon längst nicht mehr bestritten, ebensowenig wie die moralische Verpflichtung des Völkerbundes, widerstrebenden Tendenzen zum Trotz den Völkern die Abrüstung zu bringen. Es ist in Genf oft genug gesagt worden, die Völker würden es einfach nicht ertragen, wenn dem Völkerbund die Erfüllung dieser Hauptaufgabe nicht gelingen sollte, durch die Abrüstung und mit ihr der Welt den wirklichen Frieden zu bringen. Der Versailler Vertrag, der den Mittelmächten die Abrüstung aufzwang, ist es ja gerade mit der Begründung, daß dies der erste Schritt zum „Frieden durch allgemeine Abrüstung“ sein sollte. Wenn wir Deutsche verlangen, daß nun endlich weitere Schritte getan werden in Richtung auf jenes Ziel, dann fordern wir ja nur, daß auch die Gegenseite einmal die Vertragstreue zeigt, die man an uns bis zum letzten Buchstaben des Vtrats oft genug mit sehr unfriedlichen Drohungen und Taten erpreßt. Da dürfte kein Entschuldigungsgrund, kein „Unmöglich“ gelten!

Der Erzbischof von York, William Temple, einer der bedeutendsten Geistlichen der englischen Kirche, erklärte in einer Predigt während des Sonntagsgottesdienstes, die die Kriegsschuldfrage des Versailler Vertrages könnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Schuld am Krieg treffe nicht eine einzelne Macht, sondern diejenigen, die den Zündstoff zusammengetragen haben. Lord Lansdown, der parlamentarische Führer der Englischen Arbeiterpartei, hat vor kurzem scharfsten gefordert, daß endlich „die erbärmliche Lüge von der deutschen Schuld am Krieg ein für allemal ausgelöscht werden müsse, weil nicht eher Frieden in die Welt zurückkehren werde“. Denn diese erbärmliche Lüge gab und

Um die Wiederwahl Hindenburgs

Der Ausschuss der Hindenburg-Wahl gebildet.

Erklärungen des Berliner Oberbürgermeisters vor der Presse. Der Berliner Oberbürgermeister hat Vertreter der Presse über die Gründung des Hindenburg-Ausschusses Mitteilungen gemacht. Zunächst erklärte Dr. Sahm die Gründe, die ihn bewogen haben, sich an die Spitze dieses Ausschusses zu stellen. Einmal, weil er überzeugt sei, daß Hindenburg in der augenblicklichen Lage allein der Retter sein könne, er allein, der schon einmal in größter Not unser Retter war.

Ferner erklärte Dr. Sahm, er sei überzeugt, daß an der Spitze des Ausschusses nur eine Persönlichkeit sein könne, die zwar im öffentlichen Leben stehe, aber parteipolitisch nach keiner Seite gebunden sei. Er, Dr. Sahm, habe sich nie parteipolitisch gebunden. Dr. Sahm glaubt, es sei richtig, daß die Reichshauptstadt in dieser Bewegung für Hindenburg die Führung übernehme. Er betont ausdrücklich, daß er nicht von der Reichsregierung zu diesem Schritte veranlaßt worden sei, sondern, daß ihn allein innere Überzeugung dazu getrieben habe.

Der Ausschuss könne und wolle sich nicht an Parteien wenden, sondern nur an Persönlichkeiten, die im wirtschaftlichen, religiösen, sozialen und geistlichen Leben stehen. Die Aufgabe des Ausschusses sei es zunächst eine große Volkskundgebung zustandzubringen, in der Hindenburg gebeten wird, die Würde seines Amtes auch weiterhin zu übernehmen. Weitere Aufgabe des Ausschusses sei es, 20.000 Stimmen zusammenzubringen, die nach dem Gesetz notwendig sind, wenn ein Kandidat der Präsidentschaftswahl ohne Mitwirkung der Parteien aufgestellt werden soll.

Die Listen zur Namenszeichnung werden vom 3. bis 6. Februar überall aufgelegt werden.

Der Aufruf.

Das Volk will Hindenburg.

Deutsche! In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Überzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg! Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen juristisch, die in den Erörterungen der letzten Wochen von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Meer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist eine Überwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der erste im Kriege, der erste im Frieden und der erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkscandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

gibt ja den äußeren Grund dafür ab, uns die Wehrhoheit zu rauben, uns die Gleichberechtigung bei der Sorge um die Sicherheit unseres Volkes nach wie vor zu versagen. Solange dies so bleibt, wie es ist, wird in Wirklichkeit gar nichts daran geändert, daß die Millionen sich mehr oder weniger schwer gewappnet gegenüberstehen, auch wenn man in Genf ein paar Kanonen oder ein paar Gewehre freiläßt. Entscheidend ist nur, ob in Genf eine Abrüstung der Geister, eine wirkliche Gleichberechtigung der Völker wenn nicht durchgeführt, so doch mindestens eingeleitet wird.

Deutschlands unbestreitbarer Anspruch

Was Deutschland in Genf fordern muß.

Reichsminister a. D. Dr. Curtius erklärte zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz u. a., Deutschland begrüße es, daß das amerikanische Volk einmütig sei in dem Willen, weitestgehende Abrüstung durchzusetzen, und vertraue darauf, daß es nur einem Vertrag über eine als baldige wirkliche Abrüstung auf der Grundlage der Gleichberechtigung das amerikanische Siegel beibringen werde. Kein Land habe größeren Anspruch an die Konferenz zu stellen als Deutschland. Man habe geglaubt, den deutschen Anspruch beizutreten zu

keiner darf beiseite stehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen. Deutscher! Dein Name gehört Hindenburg!

Der Aufruf ist von einer großen Anzahl von Persönlichkeiten unterzeichnet; es stehen darin u. a. folgende Namen: Oberbürgermeister Dr. Sahm, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simon, Oberpräsident von Batodi, Oberbürgermeister Vellon, Staatsminister a. D. Dominicus, Geheimrat Duisberg, Wilhelm Flügel, Reichsminister a. D. Dr. Geßler, Gerhard Hauptmann, Oberbürgermeister Jarres-Duisburg, Professor Junfers-Dessau, Präsident Dr. D. Kappeler, Generalsuperintendent D. Karow-Berlin, Staatssekretär a. D. Dr. Kempner, Kommerzienrat Keumbhaar-Viegnitz, Ernst Lemmer, Geheimrat Dr. Lewald, Professor Liebermann, Artur Mahrann, Geheimrat Oskar von Müller-München, Präsident Dr. Müller, Oberpräsident Gustav Rostke, Geheimrat Professor Onden, Präsident Stadtrat Flugmader-Zietlin, Staatsminister Schmidt-Ott, Bischof Schreiber-Berlin, Frau Ministerialrat Helene Weber, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Frau Dr. Zahn-Harnad.

Bildung eines Hindenburg-Ausschusses für Sachsen.

Die Arbeiten für die Bildung eines Ausschusses von nicht parteipolitisch festgelegten, maßgeblichen Persönlichkeiten für die Vorbereitung der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg sind im Gebiet des Freistaates Sachsen in vollem Gange. Es liegen bereits zustimmende Erklärungen namhafter sächsischer Wirtschaftsführer für diesen Ausschuss vor.

Wirtschaftspartei für Hindenburg.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei bekannte sich einmütig zur Kandidatur Hindenburg und brachte zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage kommt.

Die Formalitäten für eine Präsidentschaftskandidatur.

Der Sahm-Ausschuss wird nicht etwa, wie vielfach angenommen, alsbald nach der Bildung zum Reichspräsidenten gehen und ihn um Annahme der Kandidatur bitten, sondern er wird erst abwarten, bis er die nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erforderlichen 20.000 Unterschriften zusammen hat. Diese Listen geben an das Reichsinnenministerium, das den Wahlleiter bestimmt, und dieses hat dann Hindenburg zu fragen, ob er die Kandidatur annimmt.

Abfragen an Sahm.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: „Der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seidte, hat dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Herrn Sahm geplanten Ausschuss für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beizutreten. Diese Stellungnahme, die sich übrigens mit der des Reichsbauernbundes deckt, richtet sich nicht gegen den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Der Stahlhelm erblaut jedoch weder in Herrn Dr. Sahm die geeignete Persönlichkeit, noch in dem von ihm beschrittenen Wege der Bildung eines vorwiegend mittelständischen Ausschusses das geeignete Mittel für die Behandlung der Reichspräsidentenfrage.“

Graf Ralckreuth, Erster Präsident des Reichsländerbundes, sagte ab, weil weder er noch der Reichsländerbund von dem Ausschuss ein zweckvolles Arbeiten in der Präsidentschaftsfrage erwarte.

können. Die französische Denkschrift vom 15. Juli 1931 blockierte die Abrüstung durch politische Vorbedingungen. Die Widerstände gegen eine wirkliche Abrüstung würden in Genf groß sein. Sie hätten ihren Ausdruck in dem Abkommensentwurf gefunden, der für eine ethische Abrüstung völlig ungeeignet sei und den die deutsche Regierung mit aller Entschiedenheit ablehnt habe. Der juristische Anspruch und die moralischen Forderungen Deutschlands seien unbestreitbar. Der Abkommensentwurf enthalte einen Artikel 53, der die entwaffneten Staaten von neuem auf die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensdiktate festlegen wolle. Das sei ein Verfahren, das mit den Gedanken von „fair play“ und Gleichberechtigung völlig unvereinbar sei. Wenn die Abrüstungskonferenz das Ausnahmerecht gegen Deutschland und andere schon abgerüstete Staaten nicht in gleiches Recht für alle umwandelte, werde sie niemals zu einem glücklichen Ende geführt werden können. Wer die Lage Deutschlands inmitten einer bis an die Zähne bewaffneten Welt lenke, wer wisse, daß die deutsche Sicherheit durch die rings um die Grenzen angehäufte ungleichen Rüstungen aufs schwerste bedroht sei, daß Deutschland gegenüber Flugangriffen völlig wehrlos sei, der werde nicht erwarten können, daß irgendeine deutsche Regierung die Hand dazu bieten würde, diesen Zustand durch die